

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2017*



Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch sind wir im Nationalrat zu einer weiteren Plenarsitzung zusammengekommen. Mit der Erhöhung der Studienbeihilfe und der Umsetzung des Beschäftigungsbonus konnten zwei wichtige SPÖ-Anliegen beschlossen werden. Außerdem haben wir ausführlich über negative Folgen der ÖVP/Kurz – Kürzungspläne für die Pensionen und die soziale Sicherheit in Österreich debattiert.

Zusätzlich findet ihr in diesem Newsletter einen Link zu einem ausführlichem Interview, das der Kurier mit mir über die österreichische EU-und Außenpolitik geführt hat und einen kurzen Bericht über die OSZE-PV-Konferenz zu nationalen Minderheiten, die ich in der letzten Woche in Villach veranstaltet habe.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L



Top-Themen

Studienbeihilfe wird erhöht – 50.000 StudentInnen profitieren

Wichtiger SPÖ-Erfolg für Österreichs StudentInnen: Ab dem kommenden Wintersemester werden die Stipendien spürbar erhöht und die Einkommensgrenzen der Eltern angepasst. Rund 40.000 StudentInnen bekommen dadurch mehr Geld, 10.000 haben nun neu Anspruch auf eine Beihilfe.

**SPÖ erreicht höhere Stipendien:
50.000 StudentInnen profitieren**

- ▶ Höchst-Studienbeihilfe steigt auf 560 Euro bzw. 801 Euro für Auswärts-Wohnende
- ▶ 10.000 zusätzliche Studierende bekommen Beihilfe
- ▶ Extra-Förderung für Studierende ab 24 Jahre

Mit der Reform der Studienförderung wird die Studienbeihilfe endlich an die Inflation der letzten zehn Jahre angepasst, und es kommen zusätzlich mehr Studierende in den Genuss eines Stipendiums. Von der Valorisierung profitieren nicht nur die rund 40.000 aktuellen StipendienbezieherInnen, sondern auch rund 10.000 Studierende, die jetzt neu Studienbeihilfe bekommen können.

Das kommt ab Wintersemester 2017/18:

- Die Höchststudienbeihilfe für jene, die am Wohnort der Eltern wohnen, wird **von monatlich 475 auf 560 Euro** steigen.
- **Der erhöhte Satz** für jene, die nicht am Wohnort der Eltern studieren, für Vollwaisen, Verheiratete sowie StudentInnen mit Kind wird **von monatlich 680 auf 801 Euro** erhöht.
- **Studierende ab 24 Jahren bekommen künftig automatisch den erhöhten Satz**, weil diese Altersgruppe höhere Ausgaben hat (eigener Wohnraum etc.)
- **Zusätzlich bekommen StudentInnen ab 24 einen Zuschlag von 20 Euro, Studierende ab 27 Jahren einen monatlichen Zuschlag von 40 Euro** (bisher 30 Euro).
- Außerdem wird der **BezieherInnenkreis** durch die Anhebung der für die Berechnung der zumutbaren Unterhaltsleistung der Eltern geltenden Einkommensgrenzen **ausgeweitet**. Rund 10.000 Studierende dürften dadurch neu ins System kommen.

Die Kürzungspläne von ÖVP-Kurz gefährden Pensionen und soziale Sicherheit

14 Mrd. Euro will ÖVP-Obmann einsparen, um eine Steuerreform zu finanzieren. 14 Mrd. Euro, die man nicht mit Einsparungen bei Sozialleistungen für AusländerInnen (diese würden maximal ein paar hundert Millionen Euro einbringen) erreichen kann, sondern **nur mit tiefen Einschnitten bei Pensionen, Pflege, Gesundheit und Bildung**. In einer Aktuellen Stunde im Nationalrat kritisierte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder **"Wer Pensionen kürzen will, der nimmt Altersarmut in Kauf**. Das ist eine **Sozialabbau-Agenda**, die wir nicht wollen in Österreich.

Mit Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000 für neue Job-Chancen

Was Österreich braucht, sind Initiativen, um Jobs und Wachstum zu fördern und vor allem älteren Arbeitslosen wieder Perspektiven zu geben. **Ab 1. Juli startet der Beschäftigungsbonus**, mit dem neue Arbeitsplätze gefördert werden. Zwei Milliarden Euro gibt es dafür – **rund 160.000 neue Jobs** sollen dadurch in den nächsten Jahren entstehen.

Besonders wichtig ist auch die **Aktion 20.000 für Langzeitarbeitslose ab 50 Jahre**. Denn auch die jüngsten positiven Arbeitsmarktdaten zeigen, dass von der sinkenden Arbeitslosigkeit vor allem junge AbreitnehmerInnen, aber weniger ältere Arbeitslose profitieren. Die Aktion 20.000 soll Langzeitarbeitslosen über 50 Jahren **20.000 Jobs in Gemeinden oder öffentlichen Einrichtungen** vermitteln. Schieder: "Die Aktion 20.000 ist ein Meilenstein. Diese Maßnahme muss jetzt beginnen."

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 7. Juni 2017

Novelle des EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetzes ([1653 d.B.](#))

Beschlossen wurde eine Novelle zum EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz, bei der es primär um die amtliche Kontrolle von importierten Bioprodukten aus Drittstaaten geht. Es handelt sich bei der Novelle im Wesentlichen um zweckmäßige Ergänzungen und Klarstellungen zur amtlichen Kontrolle sowie um geringfügige redaktionelle Korrekturen.

Informationen für VegetarierInnen und VeganerInnen ([1654 d.B.](#))

Mit diesem Entschließungsantrag wird die Gesundheitsministerin ersucht, sich auf EU-Ebene für eine rasche Festlegung der Kriterien für die Begriffe "vegetarisch" und "vegan" einzusetzen.

Novelle des Studienförderungsgesetzes ([1655 d.B.](#)) - s. Top-Themen

Tourismus-Bericht ([1652 d.B.](#))

2016 kann der österreichische Tourismus auf eine überaus erfolgreiche Saison für die Branche zurückblicken, die auch durch einen neuerlichen Rekordwert bei Gästen und Nächtigungen belegt wird. So haben sich im Vorjahr 41,5 Mio. Personen für einen Urlaub in Österreich entschieden, was zu knapp 141 Mio. Nächtigungen geführt hat, was einem Plus von 4,2% entspricht. Auch die Umsätze im Tourismus sind nominell um 4% und real um 1,7% gestiegen. Eine positive Entwicklung verzeichnete auch die Beschäftigung. Allein in der Beherbergung und in der Gastronomie waren im Jahresdurchschnitt 208.144 unselbständig Beschäftigte tätig, dies war um 2,6% mehr als 2015.

Kriegsverbrechen des IS ([1649 d.B.](#))

Der Nationalrat unterstützt eine Entschließung des Europaparlaments, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen des sogenannten Islamischen Staates gegen Christen, Jesiden und viele andere religiöse und ethnische Minderheiten als Völkermord zu verurteilen. Zudem werden der Irak und Syrien aufgefordert, sich dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterwerfen.

Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ([1650 d.B.](#))

In dem Antrag wird die Regierung aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Mitarbeit an der Reform des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte dafür einzusetzen, dass das Individualbeschwerderecht nicht durch neue Zugangsbeschränkungen oder neue Zulässigkeitsvoraussetzungen eingeschränkt wird.

Mediale Darstellung von Menschen mit Behinderung ([1651 d.B.](#))

In dieser Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert u.a. darauf hinzuwirken, dass Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung "Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien" unterstützt und auch künftig evaluiert werden und dass die Bundesregierung in ihrem eigenen Wirkungsbereich besonders Augenmerk auf die Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien legt.

Rechnungshof-Bericht zu Digitalfunk ([1646 d.B.](#))

In seiner Follow-up-Prüfung zur Vergabepraxis des Innenministeriums mit Schwerpunkt Digitalfunk stellte der Rechnungshof (RH) fest, dass von den mehr als 20 Empfehlungen des Rechnungshofs an das Innenministerium 11 vom RH auf ihre Umsetzung in dieser Follow-up-Überprüfung kontrolliert wurden. Das BMI setzte sechs Empfehlungen zur Gänze und drei Empfehlungen teilweise um; zwei Empfehlungen blieben offen. Ausständig war der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Auftragnehmer Tetron, um an künftigen Einnahmenüberschüssen von Tetron durch Entgeltreduzierungen zu partizipieren.

Rechnungshof – Scharfe Kritik an Schubhaftzentrum Vordernberg ([1647 d.B.](#))

Scharfe Kritik übt der Rechnungshof an Errichtung und Führung des steirischen Schubhaftzentrums Vordernberg: Nach Einschätzung der Prüfer arbeitet das 2014 eröffnete Zentrum in der Obersteiermark, in dem Schubhäftlinge auf ihre Abschiebung warten, unwirtschaftlich, verursacht viel zu hohe Kosten und ist völlig unterbelegt. Rund 25 Millionen Euro betragen die Baukosten des Anhaltecenters. Gleichzeitig ging das Innenministerium bei der Anmietung des Gebäudes sowie bei der Beauftragung von Dienstleistungen langjährige finanzielle Bindungen ein – nämlich 33 bzw. 15 Jahre. Damit erhöhten sich die Errichtungskosten nochmal eklatant. Im krassen Gegensatz zu den Kosten steht die Auslastung. Seit der Eröffnung 2014 war das Schubhaftzentrum zu maximal 18 Prozent belegt. Damit kommt man auf Kosten je Hafttag von 834 Euro – in der vergleichbaren Einrichtung auf der Rossauer Lände in Wien kostet der Hafttag 207 Euro.

RH-Bericht zur Parkraumbewirtschaftung Wien ([1648 d.B.](#))

Lob gab es seitens des Rechnungshofs für die Parkraumbewirtschaftung in Wien. Das Ziel einer Verringerung der Stellplatzauslastung im 12., 14., 15., 16. und 17. Bezirk sei erreicht worden.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

Ausführliches Interview im Kurier zur österreichischen EU- und Außenpolitik:
["EU darf nicht nur eine der Konzerne sein" \(01.06.2017\)](#)

[Muttonen bei Fresacher Toleranzgesprächen: „Freiheit braucht soziale Sicherheit und internationale Kooperation“ \(01.06.2017\)](#)

[Muttonen: Regionen profitieren wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell von Vielfalt und Miteinander \(31.05.2017\)](#)

[Muttonen: ParlamentarierInnen haben Schlüsselrolle beim Schutz von Minderheiten \(30.05.2017\)](#)

[Präsidentin der OSZE-PV Christine Muttonen verurteilt das Attentat in Manchester \(23.05.2017\)](#)

Internationale Konferenz der OSZE-PV zu nationalen Minderheiten in Villach



© Parlamentsdirektion / Karin Wernig

Der richtige Umgang mit nationalen Minderheiten und Volksgruppen ist nicht nur in Kärnten ein wichtiges Thema sondern in allen Ländern der OSZE. Allein in Europa gibt es über 300 verschiedene nationale Minderheiten. Jede und jeder 7. EuropäerIn gehört einer nationalen Minderheit an. Wo das richtige Miteinander gefunden wurde, ist diese Vielfalt eine kulturelle Bereicherung und wirkt

sich auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und die grenzüberschreitenden Beziehungen aus. In vielen Ländern, gelingt das Zusammenleben jedoch noch nicht so gut und da sind Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen leider immer wieder Ursache für schwere innenpolitische und auch länderübergreifende Konflikte.

Ich habe daher meine Präsidentschaft in der OSZE-PV genutzt, den Fokus auf diese schwierige Frage zu richten und in der vergangenen Woche in Villach eine gut besuchte Konferenz zum Thema Minderheitenschutz, Zusammenleben und Konfliktbeilegung organisiert. In mehreren Workshops habe ich mit Kolleginnen und Kollegen aus 13 OSZE-Ländern darüber diskutiert, was insbesondere wir ParlamentarierInnen unternehmen können, um nationale Minderheiten zu schützen und das Zusammenleben zu verbessern. Besonders gefreut habe ich mich auch darüber, dass sowohl unser Bürgermeister Günter Abel als auch unser Landeshauptmann Peter Kaiser auf der Konferenz waren und mit ihren Eröffnungsreden wichtige Ideen und Anregungen für die anschließenden Diskussionen geliefert haben.

Ein schönes Highlight war zudem der Besuch der slowenischen Schule in Klagenfurt mit der wir die Konferenz beendet haben.

Weitere Informationen zur Konferenz könnt Ihr in englischer Sprache im [Newsletter der OSZE-PV](#) nachlesen.

Fresacher Toleranzgespräche

In der vergangenen Woche fanden in Fresach zum dritten Mal die Europäischen Toleranzgespräche statt. Schwerpunktthema war dieses Mal die Zukunft der Freiheit. Eigentlich sollte unser Landeshauptmann Peter Kaiser die Eröffnungsrede halten. Da er aber wegen der Landessitzung, auf der die neue Kärntner Verfassung verabschiedet wurde, nicht teilnehmen konnte, bin ich gerne für ihn eingesprungen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at